Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 97 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 27. April 1931

Polens Tintenfischpolitik.

Als Kind auf der Schule hat man gelernt, daß der Tintenfisch beim Angriff eines Gegners eine dunkelfarbige Flüssigkeit von sich gibt, um sich dadurch zu schützen. Es gibt aber nicht bloß im Meer derartige Fische, sondern sie existieren auch reichlich in der Politik und entwickeln dort Tintenwolken in Form von Beschwerdenoten, wenn sie mit Recht von irgendeiner Seite her attackiert werden. So treibt es Polen mit Vorliebe, nur ist das Herrn Zaleski auf der Januartagung des Völkerbundrats dem deutschen Außenminister gegenüber nicht recht geglückt, als dieser nun mit dem schweren Geschütz berechtigter Klagen über die Behandlung der deutschen Minderheit losschoß. Daraus hat man in Warschau allerhand gelernt und hofft, diesmal bei den Auseinandersetzungen mit dem Freistaat Danzig die Tintenfischpolitik erfolgreicher betreiben zu können.

Die Polen haben es ja von Anfang an als einen argen „Schönheitsfehler" des Versailler Vertrages erklärt, daß damals ein Freistaat Danzig geschaffen wurde, statt daß Polen diese deutsche Stadt sich gleich einverleiben durfte. Es war für den neuen Polnischen Staat nur eine geringe Entschädigung, daß er in Danzig sehr viel zu sagen, sogar die außenpolitische Vertretung des Freistaates in Händen hatte. Die wirtschaftlichen und handelspolitischen Zugeständnisse, die in Danzig den Polen auch noch eingeräumt werden mußten, sind bekannt und viel erörtert; alles „ging unter der Firma", daß Polen nicht bloß einen freien Zugang zum Meere, sondern auch über einen entsprechend großen, für seinen Handelsverkehr und seine — militärischen Zwecke brauchbaren Hafen verfügen sollte. Daß dies alles oft genug zu Mißhelligkeiten führte und führen mußte, vermochte der frühere Völkerbundkommissar in Danzig ebensowenig zu verhindern wie er auf die Klagen der Danziger hörte. Der jetzige, Graf Gravina, ein Schwiegersohn Richard Wagners, zeigt den Danziger Interessen gegenüber ein größeres Wohlwollen — sehr zum Schmerz des polnischen Residenten in Danzig, der den nicht gerade sehr polnisch klingenden Namen „Strasburger" trägt. Und als nun gar der Danziger Senat beim Völkerbund den Antrag stellte, Polen sollte veranlaßt werden, sein Munitionsdepot auf der Westerplatte, also mitten im Hafen, nebst dem dazugehörigen Gebiet und den dortigen militärischen Anlagen aufzulösen und wieder dem Freistaat Danzig zurückzugeben, weil Polens Seehafen Gdingen ausreichende Ausladé- und Stapelungsmöglichkeiten hierfür nunmehr besäße, da packte den Herrn Strasburger die kalte Wut, er reichte in Warschau seine Demission ein, die natürlich — wie er sich wohl auch vorher schon überzeugt haben mag — prompt abgelehnt wurde.

Begründet wurde von ihm diese Demission aber selbstverständlich nur damit, daß seine Landsleute in Danzig „kein Recht finden" können. Die Danziger Polizei sei machtlos oder sehe tatenlos zu, wenn den Polen im Freistaat übel mitgespielt werde. Jeden einzelnen Fall hat Herr Strasburger eiligst nach Warschau gemeldet und ebenso eilig ging von dort die Beschwerde an das Völkerbundkommissariat in Genf ab. Mit allzu großer Sorgfalt scheint man dabei aber nicht verfahren zu sein, wie ein erst kürzlich vorgekommener „Fall" bewies, als einem polnischen Seemann angeblich von Nationalsozialisten ein Hakenkreuz in die Brust geritzt wurde; der „Mißhandelte" konnte in den ihm zudiktierten sechs Wochen Haft den Rausch ausschlafen und darüber nachdenken, was „grober Unfug" ist. Die polnische Presse hatte sich in Angriffen auf Danzig geradezu überschlagen.

Aber diese und andere derartige Grotesken spielen vor einem sehr viel ernsthafteren Hintergrund! Es besteht nämlich ein Beschluß des Völkerbundrats aus dem Juni 1921, in dem die Verhältnisse zwischen Danzig und Polen „geregelt" wurden und der dem Polnischen Staat die Möglichkeit gibt, in Danzig mit bewaffneter Macht einzugreifen, wenn die dortige Polizei nicht in der Lage ist, Störungen der inneren Ordnung des übrigens natürlich entmilitarisierten Freistaates hintanzuhalten. Dann darf der Völkerbundrat die Sorge für die Sicherheit Danzigs dem Polnischen Staat übertragen. Und nun zielt alles, was von Warschau aus an berechtigten und unberechtigten Beschwerden über „Zwischenfälle" in Danzig nach Genf gemeldet wurde, ganz unverhüllt darauf ab, den Völkerbundrat zu einem solchen Beschluß zu veranlassen, den Polen also die „Exekution" zu übertragen, wie man das früher nannte. Denn durch die „Unsicherheit" in Danzig werde auch Polens Zugang zum freien Meer gefährdet. Das ist übrigens angesichts der enormen Ausdehnung, die der Ausbau des Hafens Gdingen erhalten hat, eine besonders groteske Tintenfischaktion. Aber trotz dieser Lächerlichkeit soll man nie vergessen, daß sogar ein glattes Überdenhausenrennen der Friedensbestimmungen sowohl durch Polen in der Wilnafrage wie durch Litauern in der Memelfrage später die ebenso glatte Sanktion durch den Völkerbundrat gefunden hat.

Darum hat auch der Danziger Senat in aller Schärfe protestiert — mehr kann er ja nicht tun — gegen die polnische Erpresserpolitik und gegen die Drohungen Warschaus. Und bei diesem Protest war man sich erfreulicherweise in dem parteipolitisch sonst so zerrissenen Senat einmal ganz einig. Alle Parteien billigten die geharnischte Erklärung, die der Senatspräsident im Namen des Freistaates abgegeben hat. Und wenn Polen auf der Maitagung des Völkerbundrates wirklich einen Vorstoß in dem beabsichtigten Sinne machen sollte, dann — wird man sich als Deutscher vielleicht das erstemal freuen können, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes und im Rat vertreten ist. Denn, daß unsere Vertretung hier auf Biegen oder Brechen neben Danzig stehen würde, ist so selbstverständlich wie das andere, daß Danzig eine deutsche Stadt ist und bleiben wird.

Deutschlands Industrie für Zollunion

Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigten sich mit der Wirtschaftslage. Die einmütige Auffassung ging dahin, daß zwar die bisherigen Erfolge der Reichsregierung in der Durchführung ihres Programms vom 30. September 1930 durchaus nicht verkannt werden, daß aber die in vielen Industriezweigen in den letzten Wochen eingetretene Verschlimmerung der Lage gebieterisch eine Beschleunigung und auch eine Verstärkung der Reformen erforderte, wenn von ihnen noch eine rechtzeitige Wirkung erhofft werden solle.

Bei der Erörterung der Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Industrie sich zur positiven Mitarbeit an den Verhandlungen über den Abschluß einer deutsch-österreichischen Zollunion zur Verfügung stelle. Die Industrie erwarte von der Reichsregierung, daß sie ihre gesamte Zoll- und Handelspolitik in den durch den Vorvertrag über die deutsch-österreichische Zollunion gegebenen großen und grundsätzlichen Richtlinien einordne.

*

Die Weltwirtschaftskrise.

Hugenberg in Gelsenkirchen.

Auf dem Landesparteitag des Landesverbandes Westfalen-West der Deutschnationalen Volkspartei in Gelsenkirchen hielt der deutschnationale Parteiführer eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: „Mit den Worten Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise wird heute wieder einmal grober Unfug getrieben. Es muß deshalb immer wiederholt werden, daß es eine politische und wirtschaftliche Unwahrheit ist, wenn unsere verantwortlichen Männer den elenden Zustand Deutschlands mit der Weltwirtschaftskrise zu entschuldigen suchen.

Die Weltwirtschaftskrise hat Deutschland den Vorteil billigen Rohstoffeinlaufes gebracht, den wir nur infolge unserer falschen Politik nicht voll ausgenutzt haben. Sie hatte uns ferner den Vorteil billigerer Zinssätze in viel höherem Maße bringen können, als es geschehen ist, wenn der Young-Plan uns nicht die Bewegungsfreiheit genommen hätte. Sie konnte weiter bei einer richtigen Handelspolitik unserer Landwirtschaft große Vorteile statt Nachteile bringen, weil wir in der Zeit mangelnden Weltabsatzes als Einfuhrland landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der glücklichen Lage waren — im Gegensatz zu den meisten Ländern —, auf landwirtschaftlichem Gebiete unsere innere Erzeugung stark zu erhöhen, statt sie zu vermindern und uns taten- und geistlos der Überschwemmung vom Weltmarkte her auszuliefern.

*

Ein Protest des Reichslandbundes.

Der Aufsichtsrat der Bank für Industrieobligationen.

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, hat am 25. April an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Zu seinem größten Befremden muß der Reichslandbund feststellen, daß er bei der Besetzung des Aufsichtsrats der Bank für Industrieobligationen, ebenso wie bei der Besetzung der Organe der Deutschen Siedlungsbank, wiederum übergangen ist, daß dagegen Vertreter der Deutschen Bauernschaft berufen sind. Durch die offensichtliche, einseitige Bevorzugung der Deutschen Bauernschaft von seiten der Reichsregierung wird der Landwirtschaft des deutschen Ostens, die organisatorisch in überwiegendem Maße dem Reichslandbund angehört, eine Vertretung durch die Deutsche Bauernschaft aufoktroyiert, die zwar in hohem Maße das Vertrauen des preußischen Staatsministeriums besitzt, aber von der Landwirtschaft des Ostens, wie die Mitgliederzahlen beweisen, abgelehnt wird.

Der Reichslandbund sieht in dem Vorgehen der Reichsregierung eine unerhörte Brüskierung seiner Organisation und erhebt schärfsten Protest.

Gefährliche Abrüstungspropaganda.

Die Ratstagung unter dem Reichsaußenminister.

Über den Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in Berlin wird eine amtliche Mitteilung nicht ausgegeben. Von gutunterrichteter Seite verlautet jedoch, daß der Generalsekretär mit dem Reichsaußenminister Curtius die reibungslose Abwicklung der Ratstagung im Mai, deren Präsident der deutsche Außenminister sein wird, besprochen hat. Wie erneut mitgeteilt wird, hat man über eine Abrüstungskonferenz nicht verhandelt. Dagegen dürfte sich der Rat in einer späteren Tagung mit der Organisation der technischen Vorbereitung der Abrüstungskonferenz befassen.

Bekanntlich hatten dahingehend Pläne bestanden, daß das Sekretariat des Völkerbundes eine großzügige Abrüstungspropaganda betreiben soll, die allerdings dann auch einseitig zugunsten der englisch-französischen Abrüstungsthese ausgefallen wäre.

Nunmehr wird versichert, es sei in der Unterredung zwischen Drummond und dem Reichsaußenminister klargestellt worden, daß sich das Genfer Sekretariat einer eigenen Abrüstungspropaganda „selbstverständlich enthalten werde".

Paris ist unzufrieden.

Schwierigkeiten um das Flottenabkommen.

Obgleich der Text der Antwortnote der britischen Regierung auf die französischen Vorschläge zur Flottenfrage vorläufig nicht bekannt ist, verlautet doch mit voller Bestimmtheit, daß die Note

eine in sehr höflicher Form gefaßte Ablehnung

des französischen Standpunktes darstelle. Sie enthalte angeblich gewisse englische Gegenvorschläge, die jedoch der französischen Auffassung in keiner Weise gerecht würden.

Eine Antwort aus Rom ist noch nicht eingelaufen, da Italien erst die Veröffentlichung der britischen Note abwarten wollte. Die Pariser Sonntagspresse beschäftigt sich eingehend mit der Lage und spricht sich durchweg äußerst pessimistisch über das Schicksal des Flottenabkommens aus.

Der Stahlhelm dankt.

Eine Entschließung des Stahlhelms zum Volksbegehren.

Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat zum Volksbegehren eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Das Stahlhelm-Volksbegehren, der erste Vorstoß gegen das derzeitige System mit dessen eigenen Mitteln, ist in engster Zusammenarbeit mit unseren Bundesgenossen erfolgreich durchgeführt. Bei ihm hat sich in Ost und West aus allen Ständen und Berufen die Front des Frontsoldatentums, der Kern des Volkstums, der feste Block des Preußentums kameradschaftlich zusammengefunden.

Der Stahlhelm sagt allen seinen Dank,

die dabei an ihrer Stelle ihre vaterländische Pflicht erkannten und taten. Das Volksbegehren war nur der erste Vorstoß. Die Entscheidung, deren Zeitpunkt der Stahlhelm in gewissem Maße in der Hand hat, wird noch größere Kräfte, lebhaftere Werbung, stärkeren Einsatz verlangen.

Wir wissen, daß jeder Tag dieses marxistischen Systems, das die allgemeine Not hauptsächlich verursacht hat, sie noch steigert. Viele, die nicht auf uns hörten, wird der unerbittliche Gang der Entwicklung belehren. Wir aber werden weiter in echter deutscher Soldatenart um Preußen und im Verein mit allen anderen Bundesstaaten für das Reich kämpfen: zäh, treu und unbeirrbar in unserem Glauben an den Sieg!"

*

Stahlhelm meldet bisher 5,83 Millionen Eintragungen.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: „Die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren (Landtagsauflösung) ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Eintragungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus. Das bedeutet mehr als eine halbe Million Überschuß."

*

Ministerpräsident Braun über die politische Lage.

In der Königsberger Stadthalle sprach der preußische Ministerpräsident Braun über die politische Lage. Er wandte sich hierbei gegen die Kampfesweise bei der Propaganda für das Volksbegehren und betonte, nicht der Marxismus trage die Schuld an der schwierigen Lage Deutschlands, sie sei eine Folge des Krieges. Außerdem habe die Nationalisierung in der Wirtschaft Millionen von Arbeitern in das Elend der Arbeitslosigkeit gestürzt, die also eine Folge des kapitalistischen Systems sei. Preußen sei die stärkste Stellung der Republik im Reich und deshalb wollten die Leute des Volksbegehrens in Preußen die Macht an sich reißen. Wenn die Propagandisten des Volksbegehrens erklärten, die Notverordnung habe das Volksbegehren behindert, so gäben sie damit zu, daß sie nur mit Beschimpfungen und Verleumdungen für das Volksbegehren Propaganda hätten machen können, denn gegen diese, nicht aber gegen sachliche politische Arbeit richte sich die Notverordnung des Reichspräsidenten.

Für den kommenden Volksentscheid kündigte Braun noch schärfere Maßnahmen an,

da die Notverordnung nicht ausreichend gewesen sei. Die Sozialdemokratie in Preußen denke nicht daran, sich aus der Regierung zurückzuziehen und eine Stellung ähnlich wie im Reich einzunehmen. Sie werde sich nicht durch den Ausfall des Volksbegehrens, das ein Reinfall geworfen sei, beeinflussen lassen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF